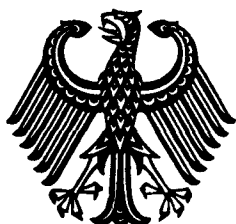


STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

Wirtschaftskalender 1962



VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ



~~63 1700 c~~

Vorbemerkung

Heft 5/1963 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ enthält als Beilage den Wirtschaftskalender für das abgelaufene Jahr. Mit fortschreitender wirtschaftlicher Integration und wachsender Bedeutung der Entwicklungsländer nehmen die Angaben über internationale Zusammenschlüsse und die Hilfsaktionen der Geber an die Empfängerländer einen breiteren Raum ein als bisher. Dabei stehen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere der EWG, im Vordergrund.

Der Kalender kann auch als Einzelveröffentlichung zum Preise von 2,- DM durch den W. Kohlhammer-Verlag, Mainz, bezogen werden.



~~63. 1700 C~~

Wirtschaftskalender für das Jahr 1962
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage 1962

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Arbeitstage			Sonn- und Feiertage 1) 3)
		insgesamt 1)	darunter		
			Lohnzahlungs- tage	Sonnabende 2)	
Januar	31	26 (25)	4	4	5 (6)
Februar	28	24	4	4	4
März	31	27	5	5	4
1. Vierteljahr	90	77 (76)	13	13	13 (14)
April	30	23	4	4	7
Mai	31	25	4	4	6
Juni	30	25 (24)	5	5	5 (6)
2. Vierteljahr	91	73 (72)	13	13	18 (19)
Juli	31	26	4	4	5
August	31	27 (26)	5	4	4 (5)
September	30	25	4	5	5
3. Vierteljahr	92	78 (77)	13	13	14 (15)
Oktober	31	27	4	4	4
November	30	25 (24)	5	4	5 (6)
Dezember	31	24	4	5	7
4. Vierteljahr	92	76 (75)	13	13	16 (17)
Kalenderjahr 1962	365	304	52	52	61
(Hessen)		(303)			(62)
(Bayern)		(303/301)			(62/64)
(Nordrhein-Westfalen, Rhein- land-Pfalz)		(302)			(63)
(Baden-Württemberg, Saar- land)		(301)			(64)
1. Halbjahr	181	150	26	26	31
(Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) .		(149)			(32)
(Bayern)		(149/148)			(32/33)
(Baden-Württemberg)		(148)			(33)
2. Halbjahr	184	154	26	26	30
(Bayern)		(154/153)			(30/31)
(Nordrhein-Westfalen, Rhein- land-Pfalz, Baden-Württem- berg)		(153)			(31)
(Saarland)		(152)			(32)

- 1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf Wochentage fielen:
6. Januar (Hl. drei Könige): in Baden-Württemberg und Bayern,
21. Juni (Fronleichnam): in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern,
15. August (Mariä Himmelfahrt): im Saarland, gebietsweise in Bayern,
1. November (Allerheiligen): in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern (in den betreffen-
den bayerischen Gemeinden Bußtag kein gesetzlicher Feiertag).
- 2) Sonnabende zu den Arbeitstagen gerechnet, obwohl infolge der 5-Tage-Woche am Wochenende vielfach nicht gearbeitet wird; bei der arbeitstäglichen
Berechnung des Produktionsindex (Industrie) der Sonnabend derzeit als 0,2 Arbeitstag eingesetzt.
- 3) Ohne Berücksichtigung der Sonn- und Feiertage in kontinuierlich arbeitenden Betrieben.

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1962

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Januar	+ 2 bis + 3	130 bis 240 ¹⁾	40 bis 110 ²⁾	Zu warm, im Norden und Süden zu naß
Februar . . .	- 1 bis + 1,5	100 bis 185 ³⁾	65 bis 125 ⁴⁾	Bei wiederholtem Wechsel zwischen Frost und warmem Wetter niederschlagsreich
März	- 4 bis - 2	100 bis 150 ⁵⁾	70 bis 90	Fast durchweg zu kalt und winterlich
April	- 0,8 bis + 1,2	115 bis 150 ⁶⁾	70 bis 115	Mit Ausnahme einer Periode von 7 bis 8 sommerlich warmen Tagen sehr kühl und häufig regnerisch
Mai	- 3 bis - 2,1 ⁷⁾	90 bis 175 ⁸⁾	60 bis 90 ⁹⁾	Meist kalt und unfreundlich, fast täglich und z. T. recht ergiebige Niederschläge
Juni	- 2 bis - 1,2	20 bis 70 ¹⁰⁾	90 bis 120 ¹¹⁾	Zu trocken und im Durchschnitt zu kalt
Juli	- 3 bis - 2 ¹²⁾	70 bis 150 ¹³⁾	60 bis 100	Im Durchschnitt zu kalt, sonnenscheinarm, im Norden überwiegend zu naß, im Süden zu trocken
August	- 2,3 bis - 0,3 ¹⁴⁾	80 bis 120 ¹⁵⁾	60 bis 90 ¹⁶⁾	Im Norden und Nordwesten überwiegend zu kühl, im Süden und Südwesten zu trocken
September . .	- 2,2 bis - 0,7 ¹⁷⁾	60 bis 135 ¹⁸⁾	90 bis 130	Trotz einiger kurzer Wärmeperioden überwiegend zu kühl, im Norden, gebietsweise im Westen und in Franken zu naß, im übrigen Bundesgebiet meist zu trocken
Oktober . . .	- 0,4 bis + 1,3	20 bis 60 ¹⁹⁾	80 bis 150	Fast im gesamten Bundesgebiet überdurchschnittlich warm und sehr trocken
November . .	- 2,2 bis - 0,4	35 bis 85	65 bis 100 ²⁰⁾	Zu kalt und zu trocken
Dezember . .	- 4,8 bis - 2,4 ²¹⁾	110 bis 150	150 bis 230 ²²⁾	Zu kalt und sehr niederschlagsreich

- 1) Westdeutschland 70% bis 140%,
Nord- und Süddeutschland gebietsweise 80% bis 140%.
2) Süddeutschland 70% bis 110%.
3) Süddeutschland gebietsweise bis 200%.
4) Süddeutschland 75% bis 115%.
5) Norddeutschland 60% bis 90%.
6) Süddeutschland 50% bis 125%.
7) Schleswig-Holstein - 1,7° bis - 1,5° C.
8) Südwest- und Süddeutschland 100% bis 150%.
9) Nordwestdeutschland 45% bis 80%,
Südwest- und Süddeutschland 65% bis 80%.
10) Nord- und Nordwestdeutschland 50% bis 90%,
Bayern gebietsweise 75% bis 90%.

- 11) Süddeutschland 100% bis 140%.
12) Süddeutschland - 1,8° bis - 0,7° C.
13) Süd- und Südwestdeutschland 40% bis 110%.
14) Süddeutschland 0° bis + 1,7° C.
15) Süd- und Südwestdeutschland 40% bis 90%.
16) Süddeutschland 110% bis 140%.
17) Süddeutschland gebietsweise - 0,9° bis - 0,1° C.
18) Schleswig-Holstein, Saarland, Pfalz, Mittelgebirgslagen 90% bis 150%.
19) Süddeutschland 15% bis 20%.
20) Norddeutschland 100% bis 145%.
21) Süddeutschland - 5,3° bis - 3,1° C.
22) Baden-Württemberg, Bayern 120% bis 250%.

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im Jahre 1962

Vorbemerkung

In dem Kalender sind mehrfach sachlich zusammengehörige Ereignisse, die an verschiedenen Tagen stattgefunden haben, an einer Stelle zusammengefaßt worden, um den Text zu straffen und dem Benutzer in diesen Fällen eine schnellere Orientierung zu ermöglichen. In der Regel ist die zeitliche Einordnung nach dem sachlichen Schwerpunkt erfolgt.

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Januar
1	1. Januar	Arbeitszeitverkürzung auf 41 ½ Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer in der Bekleidungsindustrie im Bundesgebiet (ohne Niedersachsen, Bremen, Saarland); in Berlin (West) auf 43 Wochenstunden; für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie in Nordrhein-Westfalen; auf 42 ½ Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Bundesgebiet; in Bayern auf 43 Wochenstunden; im privaten Bankgewerbe und privaten Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet; in der Textilindustrie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen; auf 43 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in der Textilindustrie in den Tarifgebieten Mönchengladbach, Rheydt und Umgebung, Aachen, Düren, Jülich, Euskirchen, Krefeld, rechtsrheinische Textilindustrie sowie in Hessen, Rheinland-Pfalz, Südbaden, Nordbayern; auf 46 Wochenstunden für Angestellte im Krankenpflegedienst in Sanatorien, Heimen und Krankenanstalten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
2		Löhne und Gehälter in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) um 6% erhöht. Für die Angestellten in Baden-Württemberg und in der Pfalz Gehälter nach den dortigen „Industrie-Tarifen“
3		Ecklöhne der Staatsforstarbeiter im Bundesgebiet um 30 Pf je Stunde erhöht
4		Übergang zur zweiten Stufe des Gemeinsamen Marktes vom Ministerrat der EWG am 14. Januar 1962 rückwirkend zum 1. Januar 1962 beschlossen, nachdem gemäß Artikel 8 des Vertrages von Rom festgestellt, daß die Ziele der ersten Stufe im wesentlichen erreicht, und zwar insbesondere: Schrittweise Verwirklichung der Zollunion entsprechend fortgeschritten durch Herabsetzung der Binnenzölle, Fortfall der Ausfuhrzölle im Verkehr der Mitgliedstaaten, erste Angleichung der nationalen Außenzölle an den Gemeinsamen Außentarif; alle Ausfuhrbeschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten fortgefallen; schrittweise Verwirklichung des Gemeinsamen Agrarmarktes durch die Ministerratsbeschlüsse vom 14. Januar 1962 sichergestellt; Europäische Kartellverordnung beschlossen, geltendes Recht seit 1. Januar 1958; erste Maßnahmen zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer getroffen; allgemeine Programme zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit der Unternehmen und des freien Dienstleistungsverkehrs aufgestellt. Dauer der zweiten Stufe 4 Jahre. In der zweiten Stufe Überstaatlichkeit der Gemeinschaft stärker ausgeprägt; in gewissen Fällen für Ministerratsbeschlüsse nicht mehr Einstimmigkeit, sondern nur noch qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben; Stellung der Kommission gestärkt
5		Zollmaßnahmen in der EWG: 1. Binnenzölle um 10% gesenkt. Die Ausgangszollsätze nunmehr niedriger für gewerbliche Erzeugnisse um 40 % für nichtliberalisierte landwirtschaftliche Erzeugnisse um 35 % für liberalisierte landwirtschaftliche Erzeugnisse um 30 %. In der Bundesrepublik Deutschland a) zweite Hälfte der konjunkturpolitischen Zollsenkungen des Jahres 1957 (gewerbliche Erzeugnisse) rückgängig gemacht, b) Binnenzollsätze für nichtliberalisierte landwirtschaftliche Erzeugnisse vorerst nur um 5% (insgesamt um 30%) gesenkt; mit Wirkung vom 1. März 1962 weitere Senkung um 5% (Zehnte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962. Vom 1. Juni 1962). 2. Erste Angleichung der Außenzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse an den Gemeinsamen Außentarif durch 30%ige Verminderung des Unterschiedes zwischen den Ausgangszollsätzen und den nicht um 20% gekürzten Sätzen des Gemeinsamen Außentarifs. (Inkrafttreten der Zolltarifverordnung vom 21. Dezember 1961 mit dem „Deutschen Zolltarif 1962“)

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Januar
6	1. Januar	Inkrafttreten des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 und seiner Durchführungsverordnungen: Allgemeine Zollordnung (AZO) vom 29. November 1961, Wertzollordnung (WertZO) vom 29. November 1961
7		Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste - Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz - vom 29. Dezember 1961.
8		U. a. Anpassung des Abschnittes III (Warenliste) an die neue Fassung des zum 1. Januar 1962 vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik
9		Gemäß dem ab 1. Januar 1962 geltenden neuen Zollrecht Umwandlung bisheriger Zollvormerklager in Zollaufschublager. In solchen Lagern befindliche ausländische Waren mit Ablauf des 31. Dezember 1961 zollrechtlich als in den freien Verkehr entnommen geltend oder als zu einer bleibenden Zollgutverwendung abgefertigt; Anfang Januar 1962 zur Außenhandelsstatistik mit einem besonderen Anmeldeschein als „Einfuhr in den freien Verkehr“ anzumelden. (Bekanntmachung des Statistischen Bundesamtes über die Anmeldung von ausländischen Waren in den Zollvormerklagern und den Zollaufschublägern zur Außenhandelsstatistik vom 12. Dezember 1961)
10		Inkrafttreten der Ausgleichsteuer-Verordnung (Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz) vom 19. Januar 1962. Steuerfreie Waren (Freiliste). Durchschnittswerte (Liste der Durchschnittswerte); bei tariflich zollfreien Waren der Bemessung der Steuerschuld nach Durchschnittswerten das Rohgewicht zugrunde zu legen. Waren zum ermäßigten Steuersatz (3%, 1½%) und zum erhöhten Steuersatz (6%)
11		Anpassungen in den gesetzlichen Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten: Aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1961 Erhöhung der seit 1960 oder früher laufenden Renten um 5 % mit Wirkung vom 1. Januar 1962. (Viertes Rentenanpassungsgesetz vom 20. Dezember 1961). Bezugsgrößen: Durchschnittliches Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten für das Kalenderjahr 1960: 6 101 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 6 165 DM). Allgemeine Bemessungsgrundlage für im Jahre 1962 eintretende Versicherungsfälle 5 678 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 5 737 DM). (Inkrafttreten der Fünften Verordnung über Änderungen der Bezugsgrößen vom 23. November 1961). Ergänzung der Beitragsklassen um Beitragsklasse XX bzw. M für monatliches Bruttoarbeitsentgelt über 925 DM; Monatsbeitrag 133 DM. (Inkrafttreten der Vierten Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen vom 18. Dezember 1961). Beitragsbemessungsgrenze für das Kalenderjahr 1962 11 400 DM für Jahres-, 950 DM für Monatsbezüge. (Bekanntmachung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 8. Dezember 1961)
12		Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte vom 3. Juli 1961.
13		U. a. Kreis der anspruchsberechtigten und beitragspflichtigen Personen genau festgelegt. Für alle Beitragspflichtigen gleicher Beitrag: 12 DM monatlich. Monatliches Altersgeld 60 DM für Verheiratete, 40 DM für Unverheiratete. Errichtung von landwirtschaftlichen Alterskassen als Körperschaften des öffentlichen Rechts bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Bei nicht hinreichender Deckung der Aufwendungen aus Beitragsaufkommen und sonstigen Einnahmen Unterschiedsbetrag aus Bundesmitteln zu decken
14		Inkrafttreten des Gesetzes über eine Rentenversicherung der Handwerker vom 8. September 1961
15		Inkrafttreten des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) vom 18. Juli 1961. Alle bisher geltenden Gesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt; Zahl der anzeigepflichtigen Krankheiten etwas erweitert
16		Errichtung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen in Berlin. (Inkrafttreten des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961)
17		Von Frankreich Einfuhr gewerblicher Erzeugnisse liberalisiert. Die restlichen Kontingente gegenüber den Ländern der EWG und im Bereich der OECD aufgehoben
18		Erhöhung der österreichischen Liberalisierungsquote für die Einfuhr aus GATT-Mitgliedsländern von 50 % auf 70 %, aus OECD-Ländern von 90 % auf 93 %. Zölle für mehr als ein Drittel der Positionen des österreichischen Zolltarifs um 10 % gesenkt, ausgenommen Importe aus EFTA-Ländern
19	5. Januar	Die Bestimmungen über Zollvergünstigungen des am 1. Juni 1961 formell in Kraft getretenen Vertrages über die Lateinamerikanische Freihandelszone wirksam geworden
		West-Samoa als erster polynesischer Staat unabhängig. Seit 1919 neuseeländisches Treuhandgebiet, vorher deutsche Kolonie
		Vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaues, die von Maßnahmen im Sinne des Artikels 56 § 2 des Montanvertrages betroffen werden, erlassen. Von Hoher Behörde die Hälfte der auf Grund dieser Richtlinien gewährten Beihilfen zu erstatten; insbesondere vorgesehen Wartegeld, Lohnbeihilfe, Abfindung, Übergangshilfe

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis												
		Januar												
20	14. Januar	<p>Vom Ministerrat der EWG Beschlüsse zur schrittweisen Verwirklichung des Gemeinsamen Agrarmarktes gefaßt:</p> <table><tr><td>Verordnungen betreffend:</td><td>Getreidemarkt</td><td>Obst- und Gemüsemarkt</td></tr><tr><td></td><td>Schweinefleischmarkt</td><td>Weinbau</td></tr><tr><td></td><td>Eiermarkt</td><td>Wettbewerbsregeln</td></tr><tr><td></td><td>Geflügelmarkt</td><td>Finanzierungsverordnung,</td></tr></table> <p>Entscheidung über die Weineinfuhrkontingente, Beschluß gem. Artikel 235 (Veredelung von Agrarerzeugnissen), Entscheidung gem. Artikel 44 (objektive Grundsätze zur Festsetzung von Mindestpreisen für nicht von Marktordnungen erfaßte Erzeugnisse), Entschliebung betreffend die Molkereierzeugnisse, Rindfleisch, Reis und Zucker. Inkrafttreten der ersten Marktregelungen und Marktordnungen am 1. Juli 1962. Vom Ministerrat am 20. Juli jedoch Inkrafttreten der Gemeinsamen Agrarpolitik auf den 30. Juli 1962 verschoben. Dauer der Übergangszeit bis 31. Dezember 1969. Abschöpfungen bei der Einfuhr aus Drittländern, während der Übergangszeit auch innergemeinschaftliche Abschöpfungen. Einschleusungspreise gegenüber Drittländern zur Vermeidung von Dumping bei Schweinefleisch, Eiern und Geflügel, bei Schweinefleisch während der Übergangszeit auch gegenüber Mitgliedsländern. Ausgleichsabgaben im Verkehr der Mitgliedstaaten bei Erzeugnissen, hergestellt auf Basis preisbeeinflußter landwirtschaftlicher Rohstoffe. Jährlich fortschreitende Angleichung des Preisniveaus für Getreide; Richtpreissystem in der Großhandelsstufe. Über Modalitäten vom Ministerrat bis 1. April 1963 einstimmig zu entscheiden. Schutzklauseln: Bei ernsten Marktstörungen autonomer Einfuhrstop für alle einer Marktordnung unterliegenden Erzeugnisse mit Billigung der Kommission zulässig. Ausrichtungs- und Garantiefonds (Agrarfonds) geschaffen zur Finanzierung der Erstattungen bei der Ausfuhr nach Drittländern, der Interventionen auf den Binnenmärkten, von Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik, einschließlich Strukturverbesserungen. Die Mittel während der ersten drei Jahre aus Finanzbeiträgen der Mitgliedstaaten nach einem festgelegten Schlüssel (Bundesrepublik Deutschland 31 %) sowie zum geringeren Teil aus den Abschöpfungen aufzubringen. In der Endphase Aufgehen des Agrarfonds im gemeinsamen allgemeinen Haushalt</p>	Verordnungen betreffend:	Getreidemarkt	Obst- und Gemüsemarkt		Schweinefleischmarkt	Weinbau		Eiermarkt	Wettbewerbsregeln		Geflügelmarkt	Finanzierungsverordnung,
Verordnungen betreffend:	Getreidemarkt	Obst- und Gemüsemarkt												
	Schweinefleischmarkt	Weinbau												
	Eiermarkt	Wettbewerbsregeln												
	Geflügelmarkt	Finanzierungsverordnung,												
21	16. Januar	<p>Die Verhandlungen über den EWG-Zolltarif (Zollausgleichsverhandlungen im Rahmen des GATT) und über die gegenseitige Herabsetzung der Zölle zwischen EWG-Kommission und den USA abgeschlossen. Von EWG Bindungen der ungekürzten Zollsätze des Außentarifs zugestanden ohne Gegenleistung der USA. Erstes mit einem Staat außerhalb der EWG gemeinsam abgeschlossenes Zollabkommen</p>												
22	17. Januar	<p>Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 100 %, Laufzeit 20 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 29. Januar bis 2. Februar 1962. Am 29. Januar bereits überzeichnet</p>												
23		<p>Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Interamerikanischer Entwicklungsbank (im Auftrag der Bundesregierung) und der staatlichen bolivianischen Bergbaugesellschaft über Gewährung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland an Bolivien in Höhe von 15 Mill. DM</p>												
24	19. Januar	<p>Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik Deutschland und Somalia sowie eines Rahmenabkommens über Finanzhilfe zwecks Gewährung eines langfristigen Kredits von 25 Mill. DM</p>												
25	24. Januar	<p>In der sowjetischen Besatzungszone Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht von der Volkskammer verabschiedet</p>												
26	24./25. Januar	<p>Auf Konferenz des Pakistan-Konsortiums von den beteiligten Regierungen und Institutionen Bereitschaft erklärt, Pakistan im Rahmen seines zweiten Fünfjahrplanes zusätzlich zu den im Juni 1961 übernommenen Verpflichtungen in Höhe von 320 Mill. US-Dollar weitere 625 Mill. US-Dollar Entwicklungshilfe zu gewähren. Beitrag der Bundesrepublik Deutschland im Juni 1961 25 Mill. US-Dollar, nunmehr um 55 Mill. US-Dollar auf 80 Mill. US-Dollar erhöht. Zwischen Bundesrepublik Deutschland und Pakistan am 16. Februar 1962 Kreditabkommen unterzeichnet; hierdurch Pakistan ermöglicht, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau für Entwicklungsvorhaben im Rahmen seines zweiten Fünfjahrplanes weitere langfristige Kredite bis zur Höhe von 250 Mill. DM aufzunehmen</p>												
27	25. Januar	<p>Beschluß des Zentralbankrates, die den gesetzlichen Höchstsätzen entsprechenden Sonderreservesätze für Auslandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. Februar 1962 aufzuheben und für mindestreservepflichtige Auslandsverbindlichkeiten die gleichen Sätze wie für Inlandsverbindlichkeiten anzuwenden.~Die seit dem 1. Juli 1960 geltende Mindestreservepflicht für Verbindlichkeiten aus von der Kundschaft bei Dritten im Ausland benutzten Krediten aufgehoben</p>												

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Januar		
28	29. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 10. Februar)
29	30. Januar	Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beauftragt, an Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Bundesgebiet außerhalb des Landes Berlin, die eine Beschäftigung als Arbeitnehmer im Land Berlin aufnehmen, Leistungen zur Deckung der mit der Arbeitsaufnahme verbundenen Mehrkosten nach bestimmten Richtlinien zu gewähren. - 14. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Förderung der Arbeitsaufnahme im Land Berlin). Vom 30. Januar 1962; in Kraft mit Wirkung vom 13. August 1961. - Ferner für nach dem 12. August 1961 mindestens 3 Monate lang in Berlin (West) tätige Arbeitnehmer Lohnsteuerermäßigung um 20%
30	Ende Januar	Vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk und von den Lechwerken rückwirkend ab 1. Januar 1962 die Strompreise für den größten Teil ihrer Industrieabnehmer um 6 % bis 10 % gesenkt
31	Januar	Mehrere Pockenerkrankungen in Düsseldorf. Quarantänemaßnahmen in verschiedenen Orten des Bundesgebietes. Im Februar und März weitere Neuerkrankungen in Nordrhein-Westfalen; ab April keine neuen Pockenfälle in der Bundesrepublik
Februar		
32	1. Februar	Löhne und Gehälter in der chemischen Industrie im Tarifgebiet Nordrhein um 11% erhöht
33		Inkrafttreten eines Ausnahmetarifs der Deutschen Bundesbahn für Heizöltransporte zwischen 6 Versandorten im Westen der Bundesrepublik nach 11 Empfangsorten in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik. Frachtverbilligung 3% bis 60%, je nach Entfernung des Empfangsortes vom Binnenhafen
34		Erhebung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. Februar bis 31. März 1962 weiterhin ausgesetzt. Beitragssatz für die Zeit vom 1. April 1962 bis 31. Dezember 1963 auf 1,4% vermindert. (Inkrafttreten der 15. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Vom 20. Januar 1962)
35		Abkommen über Finanzhilfe zwischen Bundesrepublik Deutschland und Chile unterzeichnet. Hierdurch Chile ermöglicht, längerfristige Darlehen bis zu 100 Mill. DM für volkswirtschaftlich wichtige Vorhaben bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufzunehmen, vornehmlich zur Überwindung der Folgen des Erdbebens im Mai 1960
36	2. Februar	Durch Abschluß einer Reihe von Abkommen zwischen Frankreich und Mali Beziehungen beider Staaten wieder normalisiert
37	5. Februar	Schluckimpfung gegen die Kinderlähmung in Bayern als erstem Land der Bundesrepublik begonnen, bis 3. März im wesentlichen beendet; über 40% der Bevölkerung teilgenommen
38	7. Februar	Von Senegal, Elfenbeinküste, Dahome, Obervolta, Mali, Mauretanien und Niger beschlossen, ihre nationalen Zölle für Waren aus der EWG und den assoziierten Ländern rückwirkend ab 1. Januar 1962 um 10% zu senken
39		Von der Regierung des Sudan Anschluß seiner Währung an den Sterling-Raum aufgegeben
40	9. Februar	Antrag Spaniens um Aufnahme von Verhandlungen über eine Assoziierung mit der EWG überreicht
41		5-jähriges Baumwolltextilien-Abkommen im Rahmen des GATT von den 19 wichtigsten Export- und Importländern, darunter Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet. Von den einzelnen Regierungen noch zu billigen. Löst provisorisches Abkommen vom 21. Juli 1961 ab; strebt „geordnete Ausweitung des Welthandels in Baumwolltextilien“ an; Schutzklauseln bei Marktstörungen in einem Importland
42	12. Februar	Von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG eine auf DM lautende, von Japan garantierte Anleihe der Präfektur und der Stadt Osaka in Höhe von 100 Mill. DM zum Verkauf angeboten. Zinssatz 6½%, Ausgabekurs 96½%, Laufzeit 15 Jahre. Erste Japananleihe nach dem Kriege in Europa
43	14. Februar	Unterzeichnung eines Finanzhilfeabkommens zwischen Bundesrepublik Deutschland und Mali sowie eines projektgebundenen Darlehensvertrages über rd. 13 Mill. DM zwischen Mali und der Kreditanstalt für Wiederaufbau
44	Mitte Februar	Nach Ägypten und Indonesien nunmehr auch in Burma Außenhandel verstaatlicht
45	16./17. Februar	Sturmflutkatastrophe an der deutschen Nordseeküste und in Hamburg. 337 Tote; Ende Dezember 1962 Sachschaden auf 2,89 Mrd. DM geschätzt
46	20. Februar	Vertrag zwischen Jordanien und der Kreditanstalt für Wiederaufbau über Gewährung eines Kredites von 15,12 Mill. DM für den Ausbau des Hafens von Akaba unterzeichnet
47	21. Februar	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 5¾%, Ausgabekurs 99%, Laufzeit 15 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 26. Februar bis 2. März 1962; am 26. Februar bereits überzeichnet

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Februar		
48	21. bis 23. Februar	Deutsch-iranische Verhandlungen über die Zurverfügungstellung der am 15. August 1961 vereinbarten Kapitalhilfe von 200 Mill. DM für Vorhaben des zweiten iranischen Siebenjahrplanes. Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich bereit, sich auch an der Finanzierung von Vorhaben des dritten iranischen Entwicklungsplanes im Rahmen internationaler Zusammenarbeit zu beteiligen
49	22. Februar	Der „Grüne Plan 1962“ im Bundestag erörtert. Für die vorgesehenen Maßnahmen 2,06 Mrd. DM be-reitzustellen, und zwar für 1. Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse 860 Mill. DM ¹⁾²⁾ 2. rationellere Gestaltung der Erzeugung 274 " " 3. Förderung von Qualität und Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse 574 " " 4. Kreditverbilligung und sonstige finanzielle Maßnahmen 352 " " 2 060 Mill. DM 1) darunter 200 Mill. DM Kredite. 2) dazu: 50 Mill. DM Bindungsermächtigungen sowie weitere 305 Mill. DM zentral zinsverbilligte Kapitalmarktkredite.
50	23. Februar	Abschluß eines Kreditabkommens zwischen Spanien und der Kreditanstalt für Wiederaufbau über 200 Mill. DM zur teilweisen Finanzierung von Bewässerungsvorhaben. Zinssatz 3,5%, Laufzeit 20 Jahre
März		
51	1. März	Die Sätze des Kohleausnahmetarifs 6 B 1 der Deutschen Bundesbahn um durchschnittlich 11% gesenkt; auch auf die neuen Sätze des Kohleausnahmetarifs 8,6% Kohlenfrachthilfe aus dem Aufkommen der Heizölsteuer zu gewähren
52		Flugpreise im Verkehr von und nach Berlin um 20% für Tag- und 8% für Nachtflüge gesenkt; nunmehr gleicher Tarif für Tag- und Nachtflüge. Für den Einnahmeausfall der drei Berlin anfliegenden Luftver-kehrsgesellschaften Bundesmittel bereitgestellt
53		Vorfristige Senkung der Zölle im Verkehr der EFTA-Mitgliedstaaten gemäß dem Beschluß des Rates der EFTA vom 20./21. November 1961 um 10%, nunmehr um insgesamt 40% der Ausgangszollsätze; in Österreich am 1. Juli 1962, in Norwegen spätestens am 1. September 1962 wirksam
54	2. März	Von Großbritannien Mitgliedschaft bei der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, am 5. März bei der Europäischen Atomgemeinschaft beantragt; bisher den beiden Gemeinschaften assoziiert
55	7. März	Unterzeichnung des Zollabkommens zwischen EWG und USA nach der am 6. März 1962 schriftlich er-folgtten Zustimmung der EWG-Länder. Hiermit Zollsenkungsverhandlungen mit den USA im Rahmen des GATT (sog. Dillon-Runde) beendet. Zollsenkungen der EWG bei mehr als 20% der Tarifstellen des Gemeinsamen Außentarifs, meist um 20% der ungekürzten Sätze; Zollkonzessionen der USA für etwa 32% des Einfuhrvolumens, meist um 20% der betr. Positionen des USA-Zolltarifs. Senkung in der Regel in zwei gleichen Raten im Abstand von einem Jahr. Erste Stufe der vereinbarten Zollsenkungen der USA am 1. Juli 1962 in Kraft getreten
56	13. März	Inkrafttreten der vom Rat der EWG erlassenen Europäischen Kartellverordnung (Verordnung Nr. 17 des Rates der EWG vom 6. Februar 1962 - Erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages-)
57		Bekanntmachung der Entscheidung der EWG-Kommission vom 20. Dezember 1961 über die Festset-zung des ab 1. Januar 1962 geltenden Satzes für den durch Entscheidung vom 28. Juni 1960 einge-führten anteiligen Zoll. Heraufsetzung des Anteilzoll-Satzes für aus dritten Ländern importierte und nach Veredelung an an-dere EWG-Länder verkaufte Waren von bisher 25% auf 35% des betreffenden Satzes im Außenzolltarif
58	18. März	Nach abschließenden Verhandlungen in Evian zwischen den Delegationen Frankreichs und der alge-rischen Exilregierung Abkommen über die Feuereinstellung am 19. März 1962 sowie Vereinbarungen über den gesamten Fragenkomplex der Selbstbestimmung Algeriens getroffen. Während einer Über-gangszeit zur Vorbereitung der Selbstbestimmung Verbleiben Algeriens unter französischer Souve-ränität. Die Vereinbarungen durch Volksabstimmung in Frankreich am 8. April 1962 gebilligt
59	19. März	Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Verordnung über die Gewährung von Miet- und Lastenbei-hilfen vom 21. Dezember 1960. Vom 19. März 1962. Erweiterung der Vorschriften insbesondere durch Bestimmungen über Angaben und Nachweise, Aus-schließungsgründe, maßgebende Miere, maßgebende Belastung, zugrunde zu legendes Familieneinkom-men
60		Von dänischer Regierung Beitritt zur Montan-Union und zur Euratom beantragt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
März		
61	20. März	Kohlefrachten im Bergverkehr auf dem Rhein um 5% bis 8% gesenkt
62	21. März	Rundfunkappell des Bundesministers für Wirtschaft zu verantwortungsbewußtem Verhalten der Tarifpartner und Verbraucher
63	23. März	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 260 Mill. DM. Zinssatz 5¼%, Ausgabekurs 99½%, Laufzeit 15 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 4. bis 11. April 1962; am ersten Tag bereits überzeichnet
64	28. März	In Syrien Übernahme der Macht durch die Armee; Parlament aufgelöst. Am 17. April 1962 Militärregierung durch Übergangsregierung ersetzt
65	29. März	Grundwehrdienst von 12 auf 18 Monate erhöht. (Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes. Vom 22. März 1962)
66		Zwischen der portugiesischen Regierung und der Kreditanstalt für Wiederaufbau Vertrag über eine 3½%ige Anleihe in Höhe von 150 Mill. DM unterzeichnet. Zweckbestimmung des Kredites die Zwischenfinanzierung geprüfter Projekte in Portugal
67	30. März	Von Deutscher Bundesbank im Auftrag und für Rechnung des Bundes den Aktionären der Deutschen Golddiskontbank i. L. befristetes Angebot zum Ankauf ihrer Aktien ab 2. Mai 1962 zu nachstehenden Preisen für je 100 RM Nennwert unterbreitet: 170 DM für Vorzugsaktien, 120 DM für Aktien der Gruppe B (Inhaber-Stammaktien), in beiden Fällen unter Abzug der ab 2. Mai 1962 auszuzahlenden ersten Ausschüttung aus dem Liquidationserlös der Deutschen Golddiskontbank in Höhe von 58,66 DM je 100 RM Nennwert der genannten Aktien
68	März	Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland mit 16 Mill. US-Dollar an einem von einem Konsortium gewährten Überbrückungskredit für Syrien von insgesamt 40 Mill. US-Dollar. Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der syrischen Zentralbank kurz bevorstehend
69		Durch Einführung ein- bis vierstelliger Postleitzahlen Verwendung automatischer Briefverteilanlagen zur Rationalisierung des Bundespostbetriebes ermöglicht
April		
70	1. April	Arbeitszeitverkürzung auf 43 Wochenstunden in der Textilindustrie für gewerbliche Arbeitnehmer in Baden-Württemberg und im Saarland, für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in Südbayern und in den Regierungsbezirken Münster, Arnsberg, Osnabrück
71		Lohnerhöhung im Baugewerbe des Bundesgebietes um 6%
72		In den Gemeindeverwaltungen und -betrieben Ecklöhne der Arbeiter um 15 Pf je Stunde, Grundvergütung der Angestellten um 6% erhöht
73		Löhne und Gehälter im hessischen Einzelhandel um 9% erhöht
74		Erhöhung der Heuer in der deutschen Seeschifffahrt um 6%
75	2. April	Vom Wirtschaftsausschuß der Casablanca-Staaten (Ägypten, Algerien, Marokko, Ghana, Guinea, Mali) schrittweise Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes vereinbart; vorgesehen, daß innerhalb von 5 Jahren alle Handelsschranken zwischen den Casablanca-Staaten fallen. Abkommen bedarf der Ratifizierung durch die Regierungen der Mitgliedstaaten
76	3. April	Vom Rat der EWG beschlossen, bei der Regierung der USA gegen die Erhöhung der amerikanischen Zollsätze für Wollteppiche und Tafelglas zu protestieren, da einseitige Zollerhöhungen gemäß Zollabkommen zwischen USA und EWG unterbleiben sollten; Inkraftsetzung der Zollerhöhungen von Regierung der USA um 2 Monate verschoben
77	9. April	Interventionen der argentinischen Zentralbank am Devisenmarkt eingestellt
78	18. April	Unterzeichnung eines Regierungsabkommens zwischen Bundesrepublik Deutschland und Ceylon über Gewährung einer Finanzhilfe von 40 Mill. DM; Unterzeichnung der Kreditverträge mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau bevorstehend
79	19. April	Abschluß mehrerer Abkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Guinea: u. a. Investitionsförderungsvertrag, Abkommen über Finanzhilfe. Ferner Vertrag zwischen Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Staatsbank von Guinea über Gewährung eines projektgebundenen langfristigen Kredits geschlossen
80	20. April	Auf Grund der Ratsbeschlüsse vom 14. Januar 1962 Verordnungen und Beschlüsse zum Gemeinsamen Agrarmarkt vom 4. April 1962 verkündet: 1. 6 Verordnungen über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Getreide Schweinefleisch Eier Geflügelfleisch Obst und Gemüse Wein;

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
April		
		<p>Verordnung über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik; Verordnung zur Anwendung bestimmter Wettbewerbsregeln auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen Erzeugnissen; 2. Beschluß zur Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren; Beschluß zur Aufstellung eines Verzeichnisses von Waren, auf die vorgenannter Beschluß anwendbar.</p> <p>Ferner veröffentlicht Entscheidung des Rates zur Festsetzung der von der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien zu eröffnenden Einfuhrkontingente für Wein. (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 20. April 1962)</p>
81	25. April	Letzte Beschränkungen der Ausfuhr von Waren der gewerblichen Wirtschaft nach den EWG-Ländern beseitigt. Für die betreffenden Waren (Export bisher aus Bedarfsdeckungsgründen beschränkt) ab sofort Ausfuhrgenehmigungen durch das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft im allgemeinen automatisch zu erteilen
82	27. April	Verzinsung der Termineinlagen von Devisenausländern bei inländischen Geldinstituten mit Genehmigung der für die Geldinstitute zuständigen Landeszentralbanken ab 1. Mai 1962 wieder zugelassen. (Mitteilung Nr. 7006/62 der Deutschen Bundesbank betreffend Bekanntmachung zu § 53 der Außenwirtschaftsverordnung; hier: Verzinsung von Terminguthaben. Vom 27. April 1962)
83	28. April	Inkrafttreten des am 25. November 1959 abgeschlossenen Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pakistan zur Förderung und zum Schutz von Kapitalanlagen. (Bekanntmachung des Bundesministers des Auswärtigen vom 14. April 1962)
84	Ende April	Landarbeiterlöhne in den wichtigsten landwirtschaftlichen Gebieten der Bundesrepublik, teilweise rückwirkend ab 1. März 1962, im Durchschnitt um 12 % (um 20 bis 23 Pf je Stunde) erhöht
Mai		
85	2. Mai	Von norwegischer Regierung Aufnahme von Verhandlungen über Beitritt Norwegens zur EWG in Brüssel beantragt
86	3. Mai	Von kanadischer Regierung beschlossen, den Kurs des kanadischen Dollars um etwa 3 % des gegenwärtigen, bisher frei fluktuierenden Kurses auf 0,925 US-Dollar zu senken und auf dieser Parität zu fixieren
87	8. bis 15. Mai	Streik der Arbeiter und Angestellten im Steinkohlenbergbau des Saarlandes. Soforthilfe der Bundesregierung für Rationalisierung des Saarbergbaues. Löhne und Gehälter rückwirkend ab 1. Mai um 8 % erhöht
88	10. Mai	Inkrafttreten der Ersten Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung. Vom 3. Mai 1962. Anpassung der Außenwirtschaftsverordnung vom 22. August 1961 an das seit dem 1. Januar 1962 geltende neue Zollrecht und an die am 11. April 1962 in Kraft getretene Verordnung vom 2. April 1962 zur Durchführung des Gesetzes über die Außenhandelsstatistik
89		Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau von 200 Mill. DM zur Zeichnung aufgelegt. Zinssatz 5¼ %, Ausgabekurs 100 %, Laufzeit 15 Jahre. Am ersten Tag bereits überzeichnet. Erlös der Anleihe Bestandteil eines von der Bundesregierung den deutschen Werften zugesagten Gesamtkredits von 400 Mill. DM
90	11. Mai	Verkündung der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses. Vom 26. April 1962. 53 Orte höher eingestuft
91	12. Mai	Verkündung der 13. Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. Vom 8. Mai 1962. U. a.: In einem Freihafen ausgeführte Lieferungen als Lieferungen im Inland zu behandeln, wenn Ausgleichsteuer nicht erhoben. Unternehmer verpflichtet, auf Verlangen des Finanzamtes in den Voranmeldungen auch Umsätze in den „Zollfreigebieten“ anzugeben
92		Vertrag zwischen Frankreich und den Staaten des ehemaligen Französisch-Westafrika über die Neugestaltung der Währungsverhältnisse paraphiert. Beteiligt: Dahome, Elfenbeinküste, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal.-Guinea nicht beteiligt. Über Beitritt Togos noch nicht entschieden. Eigene Zentralbank für das gemeinsame Währungsgebiet (Communauté Financière Africaine), unbegrenzte Garantie Frankreichs für die westafrikanische Währung. Austritt Malis aus der Währungsunion am 1. Juli 1962

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Mai		
93	14./15. Mai	Vom Ministerrat der EWG beschlossen: 1. Ab 1. Juli 1962 zusätzliche Senkung der Binnenzölle für gewerbliche Erzeugnisse um 10 %, insgesamt um 50 %, für eine bestimmte Zahl liberalisierter und nichtliberalisierter Agrarprodukte um 5 %, insgesamt um 35 % der Ausgangszollsätze vom 1. Januar 1957. 2. Ab 1. Juli 1963 zweite Angleichung der Außenzollsätze für gewerbliche Erzeugnisse an den Gemeinsamen Außentarif (planmäßig für den 1. Januar 1966 vorgesehen)
94	15. Mai	Ein Drittel der von der deutschen Wirtschaft im Dezember 1960 und Januar 1961 gezeichneten Bundesanleihe (5 %ige Entwicklungshilfesanleihe, gezeichnet in Höhe von 1 178,71 Mill. DM) zum Verkauf frei. Freigabe jeweils eines weiteren Drittels am 15. Mai 1963 und 1964. Zeichnungsbeträge bis 20 000 DM ab 15. Mai 1962 generell von der Verkaufssperre befreit
95	16. Mai	Zollabkommen zwischen EWG und Großbritannien auf Grund der sog. Dillon-Verhandlungen im Rahmen des GATT unterzeichnet. Beiderseitige Zollsenkungen um meist 20 % für ein Einfuhrvolumen von etwa 200 Mill. US-Dollar. Die entsprechenden britischen Einfuhrzölle am 2. November 1962 gesenkt
96	18. Mai	Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Wirtschaftshilfe in Berlin (West). Vom 7. Mai 1962. Ausdehnung der Vorschriften des Gesetzes vom 8. November 1961 über die Gewährung einer Wirtschaftshilfe an Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe in der Nähe der Grenze des Sowjetsektors auf eine „Stillhaltehilfe“
97		Vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg Klage der drei Ruhrkohlenverkaufsgesellschaften gegen die Hohe Behörde der Montan-Union wegen Verweigerung der Genehmigung eines gemeinschaftlichen Ruhrkohlenverkaufs abgewiesen. Durch Entscheidung der Hohen Behörde der Montan-Union vom 6. Juni 1962 Termin für Beendigung des gegenwärtigen Absatzsystems des Ruhrkohlenbergbaues auf den 31. März 1963 festgesetzt
98	21. Mai	Binnenzölle für Einfuhr von Personen-Kraftwagen mit Hubraum zwischen 800 und 2 000 ccm von 10 % auf 5 %, mit mehr als 2 000 ccm von 12,5 % auf 6 % mit Wirkung vom 21. Mai 1962 herabgesetzt. (21. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962. Vom 25. Juni 1962)
99	28. Mai	Förderungszuschlag zum Milchauszahlungspreis für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1962: Ab 1. Januar bis auf weiteres 3 Pf je kg angelieferter Milch. (Richtlinien 1962 des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 28. Mai 1962)
100	29. Mai	Infolge der Baisse an der New Yorker Wertpapierbörse auch an den deutschen Börsen und anderen europäischen Plätzen starke Kursverluste; bereits am 30. Mai durch Rückkäufe Verluste größtenteils wieder ausgeglichen
101	31. Mai	Mit Wirkung vom 31. Mai 1962 Auflösung der Westindischen Föderation (umfassend Jamaika, Trinidad, Tobago, Barbados u. a.)
102	Ende Mai	Im Saarland als erstem Bundesland Wohnraumbewirtschaftung der Gemeinden mit Ausnahme der Stadt Saarbrücken rückwirkend ab 1. Januar 1962 aufgehoben
103	Mai	Von Preußischer Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Hannover Strompreise um 2 % gesenkt
Juni		
104	1. Juni	Arbeitszeitverkürzung auf 44 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer im Herrenmaßschneiderhandwerk im Bundesgebiet
105		Löhne und Gehälter in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens um 5 % erhöht
106		Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 in Kraft getreten
107	4. Juni	Wegen der in den USA am 17. Juni 1962 für gewebte Teppiche und Tafelglas eintretenden Zollserhöhungen vom Ministerrat der EWG Entscheidung über die Aussetzung von Zollzugeständnissen und über die Erhöhung der Einfuhrzölle für bestimmte Erzeugnisse aus den USA mit Wirkung vom 1. August 1962 erlassen. Zollzugeständnisse ausgesetzt für Lacke und bestimmte Farben, Polyäthylen, Polystyrol und seine Mischpolymerisate, Gewebe aus synthetischen und künstlichen Spinnfäden; Einfuhrzölle erhöht für vorstehend genannte Waren — mit Ausnahme der Lacke und Farben — von meist 20 % auf 40 %. In der Bundesrepublik Deutschland am 1. August 1962 Inkrafttreten der 32. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (Vergeltungszölle). Vom 30. Juli 1962
108		Von Portugal als letztem Land der sieben EFTA-Länder beim Ministerrat der EWG Eröffnung von Verhandlungen über die Bedingungen einer Zusammenarbeit mit der EWG beantragt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Juni		
109	6. Juni	Unterzeichnung eines Protokolls über die im März 1962 als Ausgleich für den britischen Devisenaufwand für die Stationierungskosten der Rheinarmee vereinbarte Devisenhilfe. An Großbritannien in den britischen Haushaltsjahren 1962/63 und 1963/64 je 600 Mill. DM zu leisten, und zwar durch Vergabe von Aufträgen auf dem militärischen und zivilen Sektor nach Großbritannien sowie durch Übernahme von Verpflichtungen Großbritanniens auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe
110	8. Juni	ERP-Wirtschaftsplangesetz 1962 vom 1. Juni 1962 verkündet. Für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern im ordentlichen Plan 173 Mill. DM bereitgestellt
111	12. Juni	Waffenruhe in Laos (Beginn der Unruhen August 1960); Einigung der laotischen Parteien durch Unterzeichnung eines Abkommens über Bildung einer Koalitionsregierung. Am 23. Juli 1962 in Genf Abkommen über die Neutralität von Laos durch die Teilnehmerstaaten der Vierzehn-Mächte-Konferenz über Laos unterzeichnet
112	17. Juni	Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit vom 8. Juni 1962 in Kraft getreten; befristet bis 30. Juni 1963. Verboten a) die Errichtung eines Gebäudes, das zu mehr als einem Drittel der Nutzfläche als Büro-, Verwaltungs- oder Sitzungsgebäude, Geschäfts- oder Warenhaus, Theater, Museum, Versammlungsstätte, Messe- oder Ausstellungsgebäude, Gaststätte oder Beherbergungsbetrieb dienen soll, b) die Errichtung von Eigenheimen mit Rohbaukosten über 75 000 DM bzw. 100 000 DM sowie von Wochenendhäusern mit mehr als 30 qm Nutzfläche, c) Änderung eines der unter a) aufgeführten Gebäude, es sei denn, daß es einem der dort nicht genannten Nutzungszwecke zugeführt werden soll, sowie eines sonstigen Gebäudes, falls es zu mehr als einem Drittel der Nutzfläche den unter a) genannten Nutzungszwecken zugeführt werden soll. Bauverbot nicht anzuwenden auf Vorhaben, für die eine Baugenehmigung bis 22. Mai 1962 erteilt wurde, auf Ersatzbauten nach Zerstörung oder zur Behebung eines Schadens sowie – auf Anordnung der Länderregierungen – in den Zonenrandgebieten
113	20. Juni	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 400 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 100 %, Laufzeit 20 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 5. bis 12. Juli 1962. Am ersten Tag bereits überzeichnet
114		Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei über gegenseitige Förderung und Schutz von Kapitalanlagen unterzeichnet
115	25. Juni	Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft. Vom 25. Juni 1962. Die bis 30. Juni 1962 befristete Geltungsdauer des Gesetzes vom 22. Dezember 1959 bis 31. März 1963 verlängert
116	26. Juni	Zur Abwendung eines Streiks im Ruhrkohlenbergbau von der Bundesregierung im Einvernehmen mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beschlossen, den Ruhrbergbauunternehmen 260 Mill. DM für Rationalisierungsvorhaben zur Verfügung zu stellen. Vom Unternehmensverband des Ruhrbergbaues am 25. Juni Lohn- und Gehaltserhöhung um 8 % zugestanden, wirksam ab 1. Juli 1962. Preise für alle Steinkohlensorten ab 1. Juli 1962 um durchschnittlich 2,5 % erhöht
117		Außenzollsätze einiger landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse mit Wirkung vom 1. März 1962 gesenkt. (15. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 – GATT-Ausgleichszugeständnisse –. Vom 26. Juni 1962)
118		Abbruch ergebnisloser Wiedervereinigungs-Verhandlungen zwischen der kongolesischen Zentralregierung und Katanga; daraufhin Appell der kongolesischen Zentralregierung an die Vereinten Nationen, ihre Aufgabe im Kongo zu erfüllen
119	27. Juni	Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds vom 5. Januar 1962; von Deutscher Bundesbank Verpflichtung zur Gewährung eines Kredits bis zur Höhe von 1 Mrd. US-Dollar eingegangen. Die betreffenden Vereinbarungen seinerzeit von 10 Haupt-Industrieländern auf die Dauer von 4 Jahren abgeschlossen, um einer Verschlechterung des internationalen Währungsgefüges vorzubeugen; von diesen Ländern vereinbart, über die Beteiligung am Internationalen Währungsfonds hinaus 6 Mrd. US-Dollar bereitzuhalten. Vereinbarungen nach Beitritt der USA am 24. Oktober 1962 in Kraft getreten
120	29. Juni	Unterzeichnung eines Investitionsförderungsvertrages und eines Abkommens über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik Deutschland und Kamerun. Briefwechsel über Gewährung einer Kapitalhilfe von 40 Mill. DM
Juli		
121	1. Juli	Arbeitszeitverkürzung auf 45 Wochenstunden für das Krankenpflegepersonal in den Sanatorien und Heimen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Juli
122	1. Juli	Löhne und Gehälter im Steinkohlenbergbau an der Ruhr und im Aachener Revier um 7 % erhöht
123		Beamtengehälter in den Bundesländern ab 1. Juli 1962 um 6 % erhöht
124		Auf Grund von Tarifverträgen vom 7. Juni 1962 Erhöhung der Vergütungen bzw. Löhne für Angestellte und Arbeiter des Bundes und der Länder. a) Erhöhung der Grundvergütung der Angestellten um 6%, b) Erhöhung der Ecklöhne der Arbeiter um 15 Pf je Stunde. Für Vergütungsgruppen X bis VII BAT und Vergütungsgruppen Kr.b und Kr.e sowie an Arbeiter eine einmalige Ausgleichszahlung von 50 DM für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1962
125		Löhne und Gehälter für Arbeiter und Angestellte bei den Stationierungskräften um 6% bis 9% erhöht
126		In den EWG-Ländern zusätzliche Senkung der Binnenzölle für gewerbliche Erzeugnisse um 10%, insgesamt um 50%, für bestimmte liberalisierte und nichtliberalisierte Agrarprodukte um 5%, insgesamt um 35% der Ausgangszollsätze vom 1. Januar 1957. Inkrafttreten der 25. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs (Beschleunigung-2. Teil). Vom 27. Juni 1962
127		Festsetzung des in der Zeit vom 1. Juli 1962 bis 30. Juni 1963 geltenden Satzes des anteiligen Zolls durch Entscheidung der EWG-Kommission vom 25. Juni 1962. Heraufsetzung des Satzes des anteiligen Zolls für aus Drittländern importierte und nach Veredelung an andere EWG-Länder verkaufte Waren von 35% auf 45% des betreffenden Satzes im Außenzolltarif. Für Waren, für die statt Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung Abschöpfungen erhoben werden, die Sätze des Gemeinsamen Zollltarifs Grundlage. In der Bundesrepublik Deutschland Sätze des Anteilzolls für EGKS-Erzeugnisse 45% der Zollsätze des Deutschen Zollltarifs 1962/II, für anderes Drittlandzollgut 45% der Zollsätze des Gemeinsamen Außentarifs. (Bekanntmachung des Bundesministers der Finanzen vom 28. Juni 1962)
128		Volle Lohnfortzahlung für die Dauer von 6 Wochen im Krankheitsfalle an die Arbeiter der Gemeinden nach drei Beschäftigungsjahren
129		Gesetz für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961 in Kraft getreten, einige wenige Bestimmungen bereits am 1. Januar 1962
130		Volksabstimmung in Algerien über die künftigen Beziehungen eines unabhängigen Algeriens zu Frankreich gemäß den Abmachungen von Evian vom 18. März 1962. Unabhängigkeit Algeriens am 3. Juli 1962 von Frankreich anerkannt. Am 20. September 1962 Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung der Algerischen Republik
131		Proklamation der Unabhängigkeit der Republik Ruanda und des Königreichs Burundi; seit 1919 belgisches Treuhandgebiet Ruanda-Urundi
132	2. Juli	Gemäß dem am 19. April 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Guinea unterzeichneten Abkommen über Finanzhilfe Aufnahme langfristiger Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau bis zu 50 Mill. DM vorgesehen
133	6. Juli	Autobahnkreuz Hannover für den Verkehr freigegeben
134	7. Juli	Verordnung der EWG-Kommission vom 15. Juli 1962 zur Festsetzung gemeinsamer Qualitätsnormen für einige Obst- und Gemüsearten bekanntgemacht
135	8. Juli	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
136	12. Juli	Protokoll über Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik Deutschland an Burma unterzeichnet. Vereinbarungen über Kapitalhilfe zur Durchführung von Entwicklungsvorhaben bis 35 Mill. DM, Gewährung von Bundesgarantien und -bürgschaften für Ausfuhrgeschäfte, Gewährung technischer Hilfe
137	16. Juli	Abschluß der am 1. September 1960 begonnenen 5. Zollkonferenz des GATT in Genf und der seit damals geführten Ausgleichsverhandlungen mit der EWG
138	17. Juli	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 6%, Ausgabekurs 100%, Laufzeit 20 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 30. Juli bis 3. August 1962. Am ersten Tag bereits überzeichnet
139	20. Juli	Preise für Saarkohle mit Wirkung vom 20. Juli um durchschnittlich 2,5% erhöht
140		Bei Freiburg das letzte, 22 km lange Teilstück der Autobahn Hamburg-Basel für den Verkehr freigegeben
141	28. Juli	Entscheidung des Rates der EWG über Beibehaltung der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen durch die EWG-Länder gegenüber den Staatshandelsländern für die unter die Verordnungen Nr. 19, 20, 21, 22, 23 des Rates fallenden Erzeugnisse (Getreide, Schweinefleisch, Eier, Geflügelfleisch, Obst und Gemüse) für die Zeit vom 30. Juli bis 31. Dezember 1962. Durch Entscheidung des Rates vom 18. Dezember 1962 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen bis 31. Januar 1963 beizubehalten
142	29. Juli	Bundesregierung bereit, Griechenland zur Aufbereitung eines Braunkohlenvorkommens und zum Bau eines Wärmekraftwerkes einen Kredit von 150 Mill. DM bereitzustellen und diesen, falls nötig, um weitere 50 Mill. DM aufzustocken

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Juli
143	30. Juli	<p>Gemeinsame Agrarpolitik der EWG zunächst für Getreide, Schweinefleisch, Eier, Schlachtgeflügel, Obst, Gemüse und Wein in Kraft getreten.</p> <p>A. Getreide, Schweinefleisch, Eier und Schlachtgeflügel</p> <p>Abschöpfungssystem an die Stelle aller bisherigen Schutzmaßnahmen an den Grenzen (Zölle, mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen) getreten; während der Übergangszeit (bis 31. Dezember 1969) auch innergemeinschaftliche Abschöpfungen.</p> <p>1. Getreide</p> <p>Jährlich - während der Übergangszeit für jeden Mitgliedstaat getrennt - festzusetzen: Grund-Richtpreise für Handelsplatz des größten Zuschußgebietes. Abgeleitete Richtpreise für größere Handelsplätze. Schwellenpreise, Ausgangsbasis für die Abschöpfung, stets niedriger als Grund-Richtpreise. Interventionspreise, um 5% bis 10% niedriger als Richtpreise, Garantie für den Erzeuger.</p> <p>2. Schweinefleisch, Eier und Schlachtgeflügel</p> <p>Einheitlich festgesetzte Einschleusungspreise; für Schweinefleisch während der Übergangszeit auch im Binnenverkehr unter Wahrung einer EWG-Präferenz.</p> <p>B. Obst und Gemüse</p> <p>Weiterhin gemeinsamer Außenzoll; schrittweiser Abbau der Binnenzölle bis zum Ablauf der Übergangszeit. Jährliche Festsetzung einheitlicher Referenzpreise, gegebenenfalls auch für einzelne Abschnitte des Jahres. Gegenüber Drittländern zur Abwendung von Marktstörungen Aussetzung der Einfuhr oder Erhebung einer für alle Mitgliedstaaten gleichen Ausgleichsabgabe möglich (Unterschied zwischen Referenzpreis und Preis frei Grenze, unverzollt). Im Binnenhandel schrittweiser Wegfall der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen für die in Güteklassen eingeteilten Erzeugnisse, und zwar für Sonderklasse ab 1. Juli 1962, Handelsklasse I bis 1. Januar 1964, Handelsklasse II bis 1. Januar 1966.</p> <p>C. Wein</p> <p>Festsetzung von Weineinfuhrkontingenten für Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien ab 1. Januar 1962; bis 31. Dezember 1962 Gemeinschaftsregelung für Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete; bis 30. Juni 1963 Einrichtung eines Weinbaukatasters; jährliche Meldung erzeugter Wein- und Traubenmostmengen.</p> <p>In der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten:</p> <p>Gesetz über die Erhebung der Abschöpfungen nach Maßgabe der Verordnungen der EWG über die schrittweise Errichtung gemeinsamer Marktorganisationen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Abschöpfungserhebungsgesetz) vom 25. Juli 1962.</p> <p>Abschöpfungstarif - Verordnung vom 13. August 1962.</p> <p>Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der EWG. Vom 26. Juli 1962. Für die einzelnen Monate Juli 1962 bis Juni 1963 für Weichweizen, Roggen und Gerste festgelegt: Handelsplatz Duisburg Grund-Richtpreise, Grund-Interventionspreise, andere Handelsplätze des Bundesgebietes abgeleitete Richtpreise, abgeleitete Interventionspreise.</p> <p>Gesetz zur Durchführung der Verordnungen Nr. 20 (Schweinefleisch), Nr. 21 (Eier) und Nr. 22 (Geflügelfleisch) des Rates der EWG sowie zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft. Vom 26. Juli 1962.</p> <p>Falls von EWG-Kommission ermächtigt, Bundesregierung befugt, Abschöpfungssätze zu ändern sowie deren Höhe im Verordnungswege zu bestimmen.</p> <p>Künftig Wegfall der Ausgleichsbeträge für Eier und Geflügel; Gesetz zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft am 31. Dezember 1963 außer Kraft.</p> <p>Zweite Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung. Vom 27. Juli 1962.</p> <p>Fünfte Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste - Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz -. Vom 27. Juli 1962.</p> <p>Zweite Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste - Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung -. Vom 27. Juli 1962.</p> <p>U. a. Die Ein- und Ausfuhr von Getreide und Getreideerzeugnissen genehmigungspflichtig. Beschränkung der Lieferfristen bei der genehmigungsfreien Einfuhr von Schweinefleisch, Eiern, Geflügelfleisch, Obst und Gemüse, um bei kurzfristig anzuordnenden Einfuhrbeschränkungen im Rahmen der Schutzklauseln nicht in abgeschlossene Verträge eingreifen zu müssen.</p> <p>Ausfuhr bestimmter Obst- und Gemüsearten, falls den Qualitätsnormen nicht entsprechend, nach den EWG-Ländern verboten</p>
144		Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 11. August)
145		Vom Hilfskonsortium für Indiens dritten Fünfjahrplan Hilfskredite für das Ende März 1963 endende zweite Jahr im Gesamtbetrag von 1 070 Mill. US-Dollar zugesichert (für erstes Jahr 1 295 Mill. US-Dollar). Anteil der Bundesrepublik Deutschland 139 Mill. US-Dollar (erstes Jahr 225 Mill. US-Dollar).

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Juli
		Regierungsabkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Indien über Kredite für das zweite Jahr des dritten indischen Fünfjahrplans: 4. Mai 1962 85 Mill. DM 12. Dezember 1962 470 Mill. DM Kreditverträge zwischen Kreditanstalt für Wiederaufbau und Indien: 4. Mai 1962 85 Mill. DM 29. Juni 1962 100 Mill. DM
146	Ende Juli	Von Hoher Behörde der Montan-Union Sanktionsverfahren nach Artikel 88 des Montanvertrages gegen die Bundesrepublik Deutschland in der Auseinandersetzung um die Bergmannsprämie eingeleitet
147		Von den Regierungen Großbritanniens und Malayas grundsätzlich beschlossen, am 31. August 1963 die geplante Föderation von Malaysia (umfassend Malaya, Singapur, Sarawak, Brunei, Nordborneo) zu verwirklichen
		August
148	1. August	Arbeitszeitverkürzung auf 44 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer im Damenschneiderhandwerk im Bundesgebiet; in Berlin (West) ab 1. September 1962 auf 43 Wochenstunden
149		Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und des Steuererleichterungsgesetzes für Berlin (West). Vom 26. Juli 1962. Weitere Ermäßigung der Einkommen- und Lohnsteuer; aus öffentlichen Mitteln von Lohnsteuer und sozialen Abgaben befreite Zulagen an Arbeitnehmer. Steuerliche Begünstigung der Lagerhaltung sowie langfristiger Kapitalanlagen in Berlin. Investitionszulagen aus öffentlichen Mitteln für Anschaffung oder Herstellung abnutzbarer beweglicher Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens. Umsatzsteuervergünstigung durch höhere Freibeträge für Berliner gewerbliche Unternehmen und für freie Berufe. Ausdehnung der Umsatzsteuervergünstigungen des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) auf die Berliner Filmindustrie sowie auf Vermietung und Verpachtung Berliner Erzeugnisse, falls im Bundesgebiet genutzt
150		Frachtsätze des Ausnahmetarifs der Deutschen Bundesbahn für Getreide in Wagenladungen um 25 % gesenkt. Für Getreide außerdem Frachthilfe des Bundes für Beförderungen nach rechtsverbindlich festgesetzten Tarifen bei Eisenbahn, bei Güterkraftverkehr und gewerblicher Binnenschifffahrt in Höhe von 25 % der Frachtbeträge (Inkrafttreten der Richtlinien des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Gewährung einer Frachthilfe für Getreide. Vom 21. Juli 1962)
151		Die gemäß Abkommen vom 7. März 1962 seitens der EWG den USA eingeräumten Zollsenkungen in den EWG-Ländern in Kraft getreten. In der Bundesrepublik Deutschland hierzu 33. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (GATT-Zugeständnisse - EWG : USA). Vom 26. Oktober 1962
152		Von Österreich die strengerer Verpflichtungen des Artikels VIII des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds übernommen. Österreich damit 22. Land mit voll konvertierbarer Währung
153		Finnische Zölle für Einfuhren aus den EFTA-Ländern um 10 %, damit insgesamt um 40 % der Ausgangszollsätze gesenkt. Hiermit Stand der EFTA-Länder erreicht
154		Von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua drei Konventionen über Errichtung eines gemeinsamen Marktes unterzeichnet. Einheitliche Zollsätze für mehr als 95 % aller Einfuhren des Vertragsgebietes vorgesehen
155	Anfang August	Von der Federal Reserve Bank of New York nunmehr auch mit der Deutschen Bundesbank ein Abkommen zwecks Stützung des Dollars getroffen. Von Deutscher Bundesbank gegen Festlegung von 50 Mill. US-Dollar 200 Mill. DM zur Erhöhung des amerikanischen Devisenbestandes als Kredit zur Verfügung gestellt
156		In der sowjetischen Besatzungszone infolge von Lebensmittelmangel nunmehr auch für Fleisch Zuteilungssysteme eingeführt; seit April 1962 bereits bei Milch und Milcherzeugnissen
157	4. August	Veröffentlichung der Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft für die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen im Ausland. Vom 17. Mai 1962. Durch die neuen Richtlinien - erstmals für Garantien anzuwenden, über die nach dem 1. Juli 1962 entschieden worden ist - in Verbindung mit den gleichzeitig wirksam gewordenen Allgemeinen Bedingungen für diese Garantien Risiko der privaten Entwicklungshilfe verringert
158	6. August	Jamaika unabhängig, konstitutionelle Monarchie unter der britischen Krone sowie unabhängiges Mitglied des Commonwealth; bisher britische Kolonie
159	10. August	In Tarifverträgen für die Bauindustrie u. a. besondere Alters- und Invalidenbeihilfen vorgesehen. Sonderbeihilfen aus der Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes an Rentner und Invalide, gestaf-

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
August		
		felt nach der Dauer der Betriebs- und der Gewerkschaftsangehörigkeit. Erstmals besondere Vergünstigungen für Gewerkschaftsmitglieder tarifvertraglich geregelt. Tarifverträge am 21. Dezember 1962 in Kraft getreten
160	14. August	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn von 1962 II. Ausgabe in Höhe von 250 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 100 %, Laufzeit 20 Jahre. Zur Zeichnung aufgelegt in der Zeit vom 27. bis 31. August 1962
161		Weitere spanische Einfuhr liberalisierung. Bekanntgabe der am 29. Juni bzw. 13. Juli 1962 veröffentlichten Siebenten Liberalisierungsliste, wirksam teils ab 16. Juli 1962, teils ab 1. Oktober 1962, 1. Januar 1963 oder 1. April 1963. Rd. 400 Zollpositionen. (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 39/62 vom 14. August 1962)
162	15. August	Unterzeichnung eines niederländisch-indonesischen Vertrages über die Zukunft West-Neuguineas (West-Irians) in New York unter der Mitwirkung der Vereinten Nationen. Allmählicher Abzug der niederländischen Truppen und Übergabe der Verwaltung an die Temporäre Exekutivbehörde der UN am 1. Oktober 1962. Ab 1. Mai 1963 Übergang der vollen Verantwortlichkeit an Indonesien. Inkrafttreten des im Vertrag vorgesehenen Waffenstillstandes am 18. August 1962
163		Inkrafttreten des portugiesischen Gesetzes zur Schaffung eines „gemeinsamen portugiesischen Marktes“ durch Abbau der Zölle zwischen Mutterland und Überseegebieten
164	16. August	Brasilianische Währung abgewertet. Offizieller Kurs: 1 US-Dollar = 400 bis 412 Cruzeiros (bisher 357 bis 367)
165	17. August	Vertrag zwischen Kreditanstalt für Wiederaufbau und Kenya über projektgebundenen Entwicklungskredit von 27,5 Mill. DM unterzeichnet
166	26. August	Beendigung der seit Anfang Juli tagenden sog. Kaffee-Konferenz bei den Vereinten Nationen. Beteiligt insgesamt 58 Länder, erstmals auch Verbrauchsländer, darunter die Bundesrepublik Deutschland. Billigung eines grundsätzlichen Abkommens zur Stabilisierung der Preise und über Exportquoten von 36 Erzeugerländern. Einzelheiten des auf 5 Jahre befristeten Abkommens noch festzulegen; Abkommen endgültig wirksam erst nach Unterzeichnung und Ratifizierung durch 40 Länder. Nach Unterzeichnung durch 24 Länder am 30. September 1962 vorläufig wirksam geworden. Vom Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen am 19. November 1962 für die Bundesregierung unter dem Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet
167	31. August	Proklamierung der Unabhängigkeit von Trinidad und Tobago als konstitutionelle Monarchie unter der britischen Krone, unabhängiges Mitglied des Commonwealth; bisher britische Kolonie
168		Zeitpunkt für die vom Ministerrat der EWG im Oktober 1961 beschlossene Assoziierung Surinams an die EWG auf den 1. September 1962 festgesetzt
September		
169	1. September	Ecklohn im graphischen Gewerbe im Bundesgebiet um 7,5 % erhöht
170		Lohnerhöhung in der Schuhindustrie im Bundesgebiet um 12 Pf je Stunde (5 %)
171		Erdbebenkatastrophe in Iran, nach Schätzungen mehr als 10 000 Tote
172	6. und 11. September	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und Tanganjika Handels- und Wirtschaftsabkommen, Abkommen über Kapitalhilfe und Abkommen über technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Der Regierung von Tanganjika durch Bundesregierung ermöglicht, eine Kapitalhilfe bis zu 35 Mill. DM zu erhalten
173	9. September	Verlegung der 750 km langen Erdöl-Rohrleitung von Marseille nach Karlsruhe im wesentlichen beendet. Nach einer Erprobungszeit im Herbst Durchsatz von zunächst 10 Mill. t jährlich vorgesehen
174	10. bis 19. September	Auf der in London tagenden Commonwealth-Konferenz von britischer Regierung Verpflichtung übernommen, bei ihrer Europa-Politik um Sicherung der Interessen der Commonwealth-Länder bemüht zu sein; Verantwortung für endgültige Entscheidung über Beitritt zur EWG britischer Regierung überlassen
175	14. September	Bundeseigene „Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH“ mit Sitz in Köln gegründet. Stammkapital 75 Mill. DM, von Bundesregierung übernommen
176	17. September	Vom interministeriellen Ausschuß für Entwicklungspolitik beschlossen, der Vereinigten Arabischen Republik einen Kredit der Bundesrepublik Deutschland von 20 Mill. DM zum Ausbau seiner Binnenschifffahrt zu gewähren
177		Unterzeichnung eines Abkommens zwischen einem Konsortium deutscher Girozentralen und der ägyptischen Nationalbank über ein von der Bundesregierung verbürgtes Darlehen von 80 Mill. DM an die Vereinigte Arabische Republik zur Bezahlung von Lieferungen und Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
September		
178	21. September	Vertrag zwischen Bundesrepublik Deutschland und Madagaskar zur Förderung von Kapitalanlagen unterzeichnet
179		Abkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und USA über Waffenkäufe zur Verminderung des Abflusses von Gold aus den USA abgeschlossen. Zahlung von 1,2 Mrd. US-Dollar an die USA im Laufe von zwei Jahren für Waffen und den Gebrauch amerikanischer militärischer Einrichtungen vorgesehen
180	23. September	Landtagswahl in Schleswig-Holstein
181	25. September	Staatshafen Bamberg dem Verkehr übergeben
182		Staatsstreich der Armee im Jemen. Jemen zur Republik erklärt. Am 28. September Revolutionsregierung gebildet
183	September	Streik in Betrieben der Papierindustrie in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen vom 3. bis 22. September 1962, in Rheinland-Pfalz vom 4. September bis Ende Oktober 1962
Oktober		
184	1. Oktober	Arbeitszeitverkürzung auf 42 ½ Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer in der Textilindustrie in Baden-Württemberg (ohne Südbaden); auf 43 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte im Baugewerbe im Bundesgebiet einschl. Berlin (West); in der Schuhindustrie im Bundesgebiet, in Berlin (West) auf 44 Wochenstunden
185		Löhne in der keramischen Industrie im Bundesgebiet um durchschnittlich 6 % erhöht
186		Gehaltserhöhung im privaten Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet um 6,5 %
187		Inkrafttreten des am 9. Februar 1962 für 5 Jahre abgeschlossenen Baumwolltextilien-Abkommens. U. a. EWG verpflichtet, ihre Importe gegenüber den 1962 eröffneten Kontingenten schrittweise um 88 % zu steigern
188		Liberalisierungsquote der japanischen Einfuhr auf 88 % erhöht
189		Übernahme der Verwaltung Niederländisch-Neuguineas durch die Vereinten Nationen gemäß dem niederländisch-indonesischen Vertrag vom 15. August 1962
190	5. Oktober	Unterzeichnung der deutsch-japanischen Handelsvereinbarungen vom 15. September 1962. U. a. vorgesehen: Aufhebung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen seitens der Bundesrepublik Deutschland ab 1. Januar 1963 für Prismengläser und 9 Positionen des textilen Bereichs, ab 1. Januar 1965 für Nähmaschinen, Metallspielwaren, Feuerzeuge, 10 weitere textile und 5 keramische Positionen. Erhöhung der Einfuhrkontingente für Baumwollwaren um jährlich etwa 10 % für 1963 bis 1967 (entsprechend dem Genfer Baumwolltextilien-Abkommen vom 9. Februar 1962). Für die übrigen Textil- und Keramikerzeugnisse für 1963 erhöhte Einfuhrkontingente
191	7. Oktober	Verchartern deutscher Seeschiffe an Gebietsfremde genehmigungspflichtig, falls diese in einem Land der Länderliste C oder Kuba ansässig. (Inkrafttreten der Dritten Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung. Vom 3. Oktober 1962)
192	9. Oktober	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1962 II. Ausgabe in Höhe von 250 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 100 %, Laufzeit 10 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 22. bis 26. Oktober 1962. Am zweiten Tag bereits voll gezeichnet
193		Uganda, bisher britisches Protektorat, als 33. afrikanisches Land unabhängig. Konstitutionelle Monarchie unter der britischen Krone, unabhängiges Mitglied des Commonwealth
194	10. Oktober	Von der chilenischen Zentralbank offizieller Kurs des Escudo (1 US-Dollar = 1,053 Escudos) aufgehoben; Kursbildung zunächst dem freien Devisenmarkt überlassen
195	11. Oktober	In den USA Gesetz zur Ausweitung des Handels in Kraft getreten. Präsident ermächtigt, Zölle bis zu 50 % zu senken sowie mit EWG Verhandlungen zu führen zwecks Abschaffung von Zöllen bei Waren, bei denen Anteil der USA und der EWG am Welthandel zusammen 80 % und mehr beträgt
196	15. Oktober	Die 5-t-Frachtsätze der Eisenbahntarife für die Klassen A/B bis F und I bis IV sowie für die Ausnahmetarife von Deutscher Bundesbahn um durchschnittlich 7 % erhöht
197	17. Oktober	Von Bundesregierung 10 Mill. US-Dollar der 200-Mill.-Dollar-Anleihe der Vereinten Nationen gezeichnet
198	20. Oktober	Unterzeichnung eines Protokolls über Abwicklung einer Kapitalhilfe der Bundesrepublik Deutschland von 200 Mill. DM an Afghanistan; im Juli 1961 zugesagt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Oktober		
199	20. Oktober	Verschärfung des chinesisch-indischen Grenzkonflikts; Einmarsch überlegener chinesischer Streitkräfte im Nordosten und Nordwesten Indiens. Ab 22. November 1962 Waffenruhe; am 1. Dezember 1962 Beginn des Rückmarsches der chinesischen Truppen auf Stellungen 20 km hinter Kontrolllinie von 1959
200	22. bis 28. Oktober	Kuba-Krise. In der Nacht zum 23. Oktober Rundfunkansprache des Präsidenten der USA; Verhängung einer Teilblockade Kubas, Zufuhr lebenswichtiger Güter ausgenommen. 24. Oktober: Zufuhr offensiven Kriegsmaterials nach Kuba durch Seestreitkräfte der USA gesperrt. 26./27. Oktober: UdSSR erklärt sich bereit, die Raketenbasen auf Kuba zu demontieren. 27. Oktober: USA bereit, unter bestimmten Voraussetzungen Blockade aufzuheben. 28. Oktober: Von Regierung der UdSSR bekanntgegeben, Befehl zum Abbau der Raketenbasen auf Kuba erteilt zu haben. Seesperre von den USA am 20. November 1962 aufgehoben
201	23. Oktober	Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Bundesrepublik Deutschland und Marokko über die Gewährung einer Kapitalhilfe von 80 Mill. DM an Marokko zur Finanzierung wichtiger Infrastrukturvorhaben
202	23./24. Oktober	Ministertagung der EWG mit den Regierungen der 18 assoziierten afrikanischen Staaten (einschl. Madagaskar). Einvernehmen erzielt über die wichtigsten Einzelheiten des geplanten neuen Assoziierungsabkommens, insbesondere über eine im Laufe von 5 Jahren zu gewährende Finanzhilfe von 800 Mill. US-Dollar, davon 730 Mill. US-Dollar für die selbständigen Staaten in Afrika und für Madagaskar, 70 Mill. US-Dollar für die noch abhängigen französischen und niederländischen Gebiete. Von Bundesrepublik Deutschland 246 Mill. US-Dollar bereitzustellen
203	30. Oktober	Wirtschaftsabkommen sowie Abkommen über technische Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik Deutschland und Kongo (Brazzaville) unterzeichnet. Bundesregierung grundsätzlich bereit, Finanzhilfe von 8 Mill. DM zu gewähren
204	31. Oktober	Gemäß dem Beschluß des Rates der EFTA vom 21./22. Juni 1962 die planmäßig am 1. Januar 1965 fällige Zollsenskung auf den 31. Oktober 1962 vorverlegt. Zollreduktion in den EFTA-Ländern im Verkehr untereinander und mit Finnland um 10 %, insgesamt um 50 % der Ausgangszollsätze vom 1. Januar 1960. In Österreich jedoch erst ab 31. Dezember 1962, in Norwegen frühestens ab 31. Dezember 1962, in Finnland erst ab 30. April 1963 wirksam. Von Dänemark zum Schutz seiner Industrie zunächst nur geringere Zollsenskung vorgesehen
November		
205	1. November	Inkrafttreten des Abkommens vom 9. Juli 1961 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und Griechenland. Für Warenaustausch innerhalb der Assoziation schrittweiser Abbau der Zölle, der mengenmäßigen Beschränkungen sowie aller Maßnahmen mit gleicher Wirkung vorgesehen. In der Bundesrepublik Deutschland Gesetz vom 18. August 1962 zu diesem Abkommen am 14. September 1962 in Kraft getreten
206	11. November	Landtagswahl in Hessen
207	13. November	Beendigung von Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea. Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen paraphiert. Vertrag über einen Kredit von 35 Mill. DM zum Ausbau des südkoreanischen Fernsprechnetzes auf Grund der im Dezember 1961 gegebenen Zusage einer Kapitalhilfe von 75 Mill. DM unterzeichnet
208	Mitte November	Abkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Togo über einen Kredit von 53 Mill. DM zur Erweiterung des Hafens von Lome unterzeichnet
209		Unterzeichnung einer Konvention über die Assoziierung der Niederländischen Antillen mit der EWG; von den EWG-Mitgliedstaaten noch zu ratifizieren
210	19. November	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn von 1962 III. Ausgabe in Höhe von 250 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 100 %, Laufzeit 10 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 3. bis 7. Dezember 1962. Am zweiten Tag voll gezeichnet
211	20. November	Unterzeichnung eines Protokolls über Verhandlungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Kambodscha; enthält u. a. Zusage eines Rahmenkredits von 20 Mill. DM für in Kürze zu erwartende Projektvorschläge
212	25. November	Landtagswahl in Bayern
213	26. November	Verordnung Nr. 141 des Rats der EWG über die Nichtanwendung der Verordnung Nr. 17 des Rats auf den Verkehr erlassen. Die am 13. März 1962 in Kraft getretene Verordnung Nr. 17 (Europäische Kartellverordnung) bis 31. Dezember 1965 auf den Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr nicht anzuwenden

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
November		
214	Ende November	Das Europäische Währungsabkommen (EWA) auf Beschluß des Direktionskomitees in seiner bisherigen Form vorläufig bis Ende Februar 1963 verlängert. Vom Rat der OECD am 18. Dezember 1962 gebilligt. Auf Veranlassung Großbritanniens Änderung bevorstehend. Bereits ab 1. Januar 1963 durch die EWA - Notenbanken Beanspruchung der von Großbritannien für das Pfund Sterling zu gewährenden Kursgarantie eingeschränkt
Dezember		
215	1. Dezember	Inkrafttreten des Gesetzes über die Gewährung einer Überbrückungszulage vom 3. Dezember 1962. Einmalige Überbrückungszulage von 30 % der für Monat Dezember 1962 zustehenden Bezüge an Empfänger von Dienstbezügen nach dem Bundesbesoldungsgesetz sowie an Empfänger laufender Versorgungsbezüge
216	5. Dezember	Vom Bundeskabinett eine Soforthilfe von 20 Mill. DM für Republik Kongo (Leopoldville) beschlossen. Davon 10 Mill. DM als Geschenk in Form von Lebensmittellieferungen, 10 Mill. DM als Darlehen; entsprechender Darlehensvertrag zwischen Kreditanstalt für Wiederaufbau und kongolesischer Regierung am 27. Dezember 1962 abgeschlossen
217	6. Dezember	Paraphierung u. a. eines Handelsabkommens, eines Abkommens über technische Zusammenarbeit und eines Finanzhilfeabkommens zwischen Bundesrepublik Deutschland und Nigeria. Das Abkommen über Finanzhilfe bestätigt das Nigeria im September 1961 gemachte Angebot von Darlehen bis zu einer Gesamtsumme von 100 Mill. DM zur Finanzierung von Projekten
218	9. Dezember	Tanganjika, seit 9. Dezember 1961 unabhängig und konstitutionelle Monarchie unter der britischen Krone, unabhängiges Mitglied des Commonwealth, zur Republik proklamiert
219	11. Dezember	Durch Vereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP Umbildung der Bundesregierung abgeschlossen. Die neuen Minister am 13. Dezember vom Bundespräsidenten ernannt. Am 19. November die der FDP angehörenden fünf Bundesminister im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die Zeitschrift „Der Spiegel“ zurückgetreten
220	13. Dezember	Die beiden neuen Straßenbrücken über den Rhein bei Wiesbaden - Schierstein und bei Mainz - Weisenau dem Verkehr übergeben
221		Bundesregierung bereit, dem Königreich Burundi eine Kapitalhilfe bis zu 5 Mill. DM zur Finanzierung von Infrastruktur - Projekten zu gewähren
222		Sätze für Sicherheitsdepots bei Einfuhrkontrakten von japanischer Regierung gesenkt, und zwar für Rohstoffe und bestimmte Maschinen auf 1 %, für sonstige Waren auf 5 % des Einfuhrwertes; bisherige Sätze seit 18. September 1961 z. T. 35 %
223	14. Dezember	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1963 in Höhe von 400 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 100 %, Laufzeit 15 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 2. bis 9. Januar 1963. Am zweiten Tag bereits voll gezeichnet
224	Mitte Dezember	Schiffs - Stau auf dem Rhein infolge des ungewöhnlich niedrigen Wasserstandes
225	19. Dezember	Die Ausfuhr von Rohren und Rohrleitungen aus Stahl mit einem Außendurchmesser von über 19 Zoll genehmigungspflichtig. (Inkrafttreten der Vierten Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste - Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung - . Vom 14. Dezember 1962)
226		Von Hoher Behörde der Montan - Union eine Vereinbarung der Bergwerksgesellschaften des Ruhrreviers genehmigt, mit dem gemeinsamen Verkauf ihrer Brennstoffe innerhalb von zwei Verkaufsgesellschaften am 1. Februar 1963 zu beginnen. Über den am 24. November 1962 vorgelegten Antrag, die von den Bergwerksgesellschaften am 14. November 1962 abgeschlossenen neuen Verträge über den gemeinsamen Verkauf im Rahmen von zwei Verkaufsgesellschaften zu genehmigen, jedoch noch endgültig zu entscheiden
227		Von Zypern Aufnahme von Verhandlungen über Assoziierung mit der EWG beantragt
228	20. Dezember	Abkommen zwischen den EWG - Staaten und den 18 nachstehend aufgeführten afrikanischen Staaten (einschließlich Madagaskar) über die Neuregelung der Assoziierung dieser Staaten mit der EWG paraphiert: Senegal, Mauretanien, Mali, Elfenbeinküste, Togo, Dahome, Obervolta, Niger, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Gabun, Kongo (Brazzaville), Kongo (Leopoldville), Ruanda, Burundi, Somalia, Madagaskar. Abkommen von den 24 Staaten noch zu signieren und zu ratifizieren
229	23. Dezember	Der Anfang Oktober nach wenigen Tagen durch Entscheid des Obersten Gerichtshofes ausgesetzte unbefristete Streik der Hafenarbeiter in den Häfen der Ostküste der USA nach 80 - tägiger Unterbrechung fortgesetzt
230	30. Dezember	Inkrafttreten des Gesetzes über die Gewährung einer einmaligen Überbrückungszulage an Kriegssopfer für das Jahr 1962 vom 21. Dezember 1962. Empfängern laufender Versorgungsbezüge 30 % der ihnen für Monat Dezember 1962 zustehenden laufenden Versorgungsbezüge als einmalige Überbrückungszulage gewährt

Lfd. Nr	Datum	Ereignis
		Dezember
231	30. Dezember	In das Wirtschaftsstrafgesetz u.a. eine Vorschrift zum Schutz der Mieter vor unangemessenen Mietpreisforderungen aufgenommen. (Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954. Vom 21. Dezember 1962)
232	Ende Dezember	Beginn der seit einiger Zeit vorbereiteten Aktion der Streitkräfte der Vereinten Nationen zwecks Rückgliederung Katangas in die Republik Kongo
233	Dezember	<p>In der Textilindustrie Lohnerhöhungen um etwa 5,5 % bis 6,5 % vereinbart, rückwirkend ab 1. Oktober 1962,</p> <p>a) im Bezirk Nordrhein, in Niedersachsen (ohne Regierungsbezirk Osnabrück), Bremen, Baden-Württemberg,</p> <p>b) im Bezirk Westfalen, im Regierungsbezirk Osnabrück, in den Tarifbereichen Nordbayern und Südbayern;</p> <p>in den unter b) aufgeführten Bereichen Pauschalabgeltung für die zurückliegenden Monate Oktober, November, teils auch Dezember.</p> <p>In der hessischen Textilindustrie ab 1. Dezember 1962 Zeitlöhne um 13 bis 17 Pf, Akkordlöhne um 13 bis 14 Pf je Stunde erhöht</p>